

# Stadtvertretung der Landeshauptstadt

## Schwerin

Datum: 2019-03-25

Antragsteller: Stadtvertretung/Fraktionen  
/Beiräte  
Bearbeiter/in: SPD-Fraktion  
Telefon:

### Antrag Drucksache Nr.

01785/2019

**öffentlich**

### Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

### Betreff

#ICANSafeSchwerin - Unterstützung des Städteappells „ICAN„ durch die Landeshauptstadt Schwerin

### Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen:  
Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich im Namen der Landeshauptstadt dem Städteappell „ICAN“ (International Campaign to Abolish Nuclear weapons) anzuschließen und damit den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 zu unterstützen sowie die Bundesregierung aufzufordern, diesem Vertrag beizutreten.

### Begründung

Im Juli 2017 haben 122 der 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen einen umfassenden Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beschlossen. Deutschland hat auf Anraten der USA an den Verhandlungen nicht teilgenommen und den Vertrag bisher nicht unterzeichnet. 71 bis 93 Prozent der Bundesbürger sind jedoch dafür, dass Deutschland diesem UN-Vertrag beitrifft. Nur 6 bis 13 Prozent sind dagegen 1 | 2

Die ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen) hat 2017 für ihr Engagement den Friedensnobelpreis bekommen.

ICAN ruft internationale Städte dazu auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen (3). Große Städte in Nordamerika, Europa und Australien haben den Appell schon unterzeichnet<sup>3</sup>, der wie folgt lautet:

*„Unsere Stadt/unsere Gemeinde ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und langanhaltende Folgen für Mensch und Umwelt*

*nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atom-waffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“*

In Zeiten der Kündigungen des INF-Vertrages und des Atomvertrages mit dem Iran sowie der daraus resultierenden nuklearen Aufrüstungsspirale und steigenden Kriegsgefahr bleiben uns nicht viele Möglichkeiten, ein Zeichen für eine Deeskalation, für vertrauensbildende Maßnahmen und für Gesprächsbereitschaft zu setzen.

Am 2. Februar 2019 hat Mainz als erste deutsche Stadt den Appell unterzeichnet. Seitdem sind Wiesbaden, Marburg, Köln, Potsdam und am 12. März München dazugekommen.

1 [https://www.icanw.de/wp-content/uploads/2018/07/YouGov-Umfrage\\_Atomwaffen\\_2018.pdf](https://www.icanw.de/wp-content/uploads/2018/07/YouGov-Umfrage_Atomwaffen_2018.pdf)

2 [https://www.icanw.de/wp-content/uploads/2016/03/Forsa-Umfrage\\_Ergebnisse.pdf](https://www.icanw.de/wp-content/uploads/2016/03/Forsa-Umfrage_Ergebnisse.pdf)

3 <https://www.icanw.de/ican-staedteappell/>

### **über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr**

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

### **Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:**

ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

nein

### **Anlagen:**

keine

gez. Christian Masch  
Fraktionsvorsitzender